

## Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 30.09.2008

### **Bundesweite ergebnisoffene Endlagersuche voranbringen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Die Kernenergienutzung verursacht große Mengen von radioaktivem Müll. Im Jahr 2001 ist von der rot-grünen Bundesregierung nach langen Verhandlungen mit der Energiewirtschaft der stufenweise Atomausstieg bis zum Jahr 2030 beschlossen worden. Bis zu diesem Zeitpunkt wird eine Menge von etwa 25 000 m<sup>3</sup> hochradioaktiver Müll anfallen. Dazu kommen schätzungsweise etwa 260 000 m<sup>3</sup> schwach- und mittelfradioaktiver Müll.

Der Atomausstieg ermöglicht es, die radioaktive Abfallmenge an sich zu begrenzen und die anfallenden Volumina zu kalkulieren. Vor diesem Hintergrund wurde beschlossen, dass bis zum Jahr 2030 ein Endlager für den gesamten radioaktiven Abfall betriebsbereit sein soll.

Im Jahr 2005 hat das Bundesumweltministerium ein Konzept zur Durchführung eines Auswahlverfahrens für die Suche nach einem Endlagerstandort vorgelegt. Ziel ist es, in einem bundesweiten Auswahlverfahren nach dem aktuellen internationalen Stand von Wissenschaft und Technik mögliche Standorte zu vergleichen. Standortvorstellungen sind daher grundsätzlich auszuschließen.

Im August dieses Jahres hat das Bundesumweltministerium neue Maßstäbe für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gesetzt. Die ständige Verbesserung der Endlagerplanung und des Betriebes ist auch eine zentrale Forderung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Die bisher gültigen Sicherheitskriterien von 1983 müssen überarbeitet werden. Dies wurde bereits durch die Reaktorsicherheits- und die Strahlenschutzkommission im Jahr 2002 festgelegt.

Der Skandal um das Salzbergwerk Asse II, in dem mittel- bis schwachradioaktive Abfälle eingelagert worden sind, führt vor Augen, in welchem Ausmaß unkalkulierbare Sicherheitsprobleme entstehen können. Aus diesen schwerwiegenden Defiziten müssen Lehren gezogen werden. Eine bundesweite Standortüberprüfung nach festgelegten Kriterien und allen geeigneten Wirtsgesteinen ist mehr als erforderlich.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, eine Initiative im Bundesrat zu starten, die folgende Ziele hat:

1. Der beschlossene Atomausstieg von 2001 bleibt weiterhin gültig.
2. Das o. g. Konzept zur Durchführung eines bundesweiten ergebnisoffenen Auswahlverfahrens für die Suche nach einem Endlagerstandort ist unverzüglich zu verwenden.
3. Die Blockadehaltung insbesondere der süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg gegen eine bundesweite Endlagersuche ist aufzubrechen, da sie als stärkste Nutzer der Kernenergie auch die Verantwortung für die Atommüllendlagerung übernehmen müssen.

4. Die Weiterentwicklung der Sicherheitsanforderungen für die Endlagerung der hochradioaktiven sowie auch der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln voranzutreiben, um Mensch und Natur für eine Million Jahre zuverlässig schützen zu können.
5. Die Atomkonzerne sollen angemessen an einer Endlagersuche beteiligt werden. Dazu ist es notwendig in Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziele die sogenannte Windfall-Profits für dieses Vorhaben anteilig zu generieren.

#### Begründung

Die Risiken der Kernenergie sind auch in Deutschland nicht beherrschbar. Mit Beginn der Nutzung der Kernenergie zu Mitte des vergangenen Jahrhunderts versprach man sich die Lösung aller zukünftigen Energiefragen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts bleibt festzustellen, dass die Erwartungen nicht erfüllt werden können. Immer wiederkehrende Vorfälle, auch in den hochentwickelten Industrieländern, führen uns vor Augen, dass ein atomarer GAU überall möglich sein kann. So fiel im Jahr 2006 die Stromversorgung im schwedischen Atomreaktor Forsmark aus. Hätte nur ein weiterer Notstromdiesel nicht funktioniert, wären die Folgen unabsehbar gewesen. Im Jahr 2007 verbog ein Erdbeben in Japan die Rohrleitungen von gleich fünf Reaktoren und führte zu einem Brand, der erst nach mehr als zwölf Stunden gelöscht werden konnte. Das Erdbeben war doppelt so stark, wie die Atomanlage ausgelegt war.

Auch die diesjährigen Pannenserie in mehreren französischen Atomanlagen und die jüngsten Störfälle in den deutschen Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel zeigen: Atomkraft ist so komplex, dass diese Vorfälle zu den systembedingten Risiken dieser Technologie gehören.

Der Atomkonsens und das Atomgesetz in Deutschland garantieren uns den Ausstieg aus dieser Risikotechnologie und die Kalkulation des anfallenden atomaren Mülls. Das zuletzt in Betrieb genommene Atomkraftwerk mit höheren Sicherheitsstandards wird Neckarwestheim 2 um das Jahr 2022 abgeschaltet werden. Eine weitere hochradioaktive Müllproduktion wird somit beendet.

Es gibt auch nach 50 Jahren des Betriebens von Atomkraftwerken weltweit kein genehmigtes Endlager für hochradioaktive Abfälle. Auch in Deutschland ist noch keine Endlösung in Sicht, der Atommüll aus dem AKW wird lediglich zwischengelagert. Ob der Salzstock Gorleben als Endlager geeignet ist, wurde bisher nicht nachgewiesen. Ohne einen Vergleich mit Alternativen kann auch nicht beurteilt werden, ob Gorleben der bestgeeignete Standort ist. Das gilt ausdrücklich auch für die Endlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall. Ziel ist es, den am besten geeigneten Standort zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle bundesweit in allen geeigneten Wirtsgesteinen zu suchen.

Am stärksten profitieren die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg von der Nutzung der Kernenergie und plädieren für die Aufhebung des Atomausstiegs und für das Salzbergwerk Gorleben als Endlager. Dieses Verhalten ist unverantwortlich und unglaubwürdig. Alle Bundesländer müssen in die Verantwortung genommen werden und dürfen sich einer ergebnisoffenen Endlagersuche auch „vor ihrer Haustür“ nicht verschließen.

Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen steht hier in einer besonderen Pflicht den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, diesbezüglich erfolgreiche Überzeugungsarbeit auf allen Ebenen zu leisten.

Wie riskant es ist, Atommüll sicher lagern zu wollen, hat sich im Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel gezeigt. Das Pilotprojekt für eine sichere Endlagerung in Salzgestein ist gescheitert. Das Salzbergwerk hat sich als undicht erwiesen, wird porös und instabil und stellt eine hochgradige Gefahr für Mensch und Natur dar. Die Entwicklungen in der Asse II beweisen, dass Technologie und menschliches „know-how“ bislang der Herausforderung einer sicheren Atommülllagerung nicht gewachsen sind. Für die Lagerung des Atommülls brauchen wir daher den bestgeeigneten Standort und neue strengere Sicherheitsanforderungen. Jegliche Vorfestlegungen auf potenzielle Standorte sind unverantwortlich und unzulässig.

Die großen Energiekonzerne profitieren in besonderem Maße vom billigen Atomstrom aus den ab-geschriebenen Atommeilern, der zu verhältnismäßig hohen Preisen an den Verbraucher weiterver-kaufte wird. Insbesondere die vier großen Energieunternehmen setzen hohe Strompreise aufgrund mangelnden Wettbewerbs und ihrer Marktdominanz durch. Bei 17 Atomkraftwerken in Deutschland spült jedes Jahr verlängerte Restlaufzeit mehr als fünf Milliarden Euro Zusatzgewinne in die Kassen der Energiekonzerne. Eine Beteiligung der Konzerne an der Endlagersuche in angemessener Form wird eingefordert.

Wolfgang Jüttner

Fraktionsvorsitzender